

**1. Das Europäische Parlament hat die Mitgliedsstaaten dazu aufgefordert, bis 2030 Wohnungslosigkeit in der EU abzuschaffen. Setzen Sie sich dafür ein, dass Deutschland das Ziel der Europäischen Union erreicht? Welche Maßnahmen werden Sie dafür umsetzen?**

Wohnen ist ein Menschenrecht. Dieses Recht zu gewährleisten und dafür Sorge zu tragen, dass alle Menschen, egal welcher Herkunft, ein Dach über dem Kopf haben, sehen wir GRÜNE als eine sehr wichtige Aufgabe an. Wir haben das Ziel, Wohnungslosigkeit bis 2030 abzuschaffen, fest im Blick. In unserem Antrag „Menschenrecht auf Wohnen dauerhaft sicherstellen“ (BT-Drs. 19/7734) haben wir die aus unserer Sicht notwendigen Maßnahmen skizziert. Dazu gehören ein nationales Aktionsprogramm zur Vermeidung und Bewältigung von Wohnungs- und Obdachlosigkeit, eine wirkungsvolle Primärprävention, damit Obdachlosigkeit erst gar nicht entsteht, die Gewährleistung von bezahlbarem Wohnraum, Sekundärpräventionsmaßnahmen bei drohender Wohnungslosigkeit (z.B. Zwangsräumungen verringern) und die unbürokratische finanzielle Absicherung der Betroffenen.

**2. Aktuell sind ca. 678.000 Menschen ohne Wohnung. Die Pandemie hat die prekäre Situation noch verschärft. Wie können Sie bewirken, dass Wohnraum geschaffen und die Enge in Sammelunterkünften reduziert wird?**

Neben dem Aktionsprogramm zur Vermeidung und Bewältigung von Wohnungs- und Obdachlosigkeit wollen wir GRÜNE Menschen vor Verdrängung und Wohnungsverluste durch steigende Mieten schützen, mit einer starken Mietpreisbremse und regionalen Mietobergrenzen, so dass die Miete nicht stärker als 2,5% im Jahr steigt, innerhalb der ortsüblichen Miete. Eine Kündigung aufgrund von Zahlungsverzug soll durch zeitnahe Nachzahlung der Miete geheilt werden können. Außerdem wollen wir mit einem Gesetz und einem Förderprogramm Neue Wohngemeinnützigkeit eine Million günstige Mietwohnungen neu schaffen und sichern. Diese sollen auch für Menschen die von Wohnungslosigkeit bedroht oder betroffen sind, zugänglich sein.

**Wie werden Sie medizinische Hilfen auch für nicht Krankenversicherte zugänglich machen?**

Wir GRÜNE wollen einen individuellen lebenslangen Krankenversicherungsanspruch für alle Menschen, die kein oder nur ein geringes Einkommen haben, wären beitragsfrei versichert. Bis es soweit ist, wollen wir auch die Rückkehr von Menschen mit Beitragsschulden in einen vollwertigen Krankenversicherungsschutz erleichtern. Darüber hinaus muss auch die ressortübergreifende Zusammenarbeit sowie die zwischen Bund und Ländern intensiviert werden, um den häufig komplexen Hilfebedarfen der betroffenen Menschen gerecht zu werden. Insbesondere wohnungslose Menschen ohne Krankenversicherung benötigen niedrigschwellige medizinische Versorgungsangebote. Hierbei kommt es auf die enge Vernetzung und Kooperation verschiedener Hilfesysteme und gesundheitlicher Professionen an.

**3. Unabhängige Beschwerdestellen bei Polizeigewalt und polizeilichem Fehlverhalten werden seit Jahren von den Menschenrechtsorganisationen in Deutschland eingefordert. Welche Schritte werden Sie bis wann unternehmen, um unabhängige Beschwerdestellen einzurichten?**

Wir GRÜNE wollen eine\*n unabhängige\*n Polizeibeauftragte\*n schaffen. Wir haben dazu im Bundestag schon mehrfach Gesetzesinitiativen vorgelegt. Die Koalitionsmehrheit hat sie bislang abgelehnt. Die von uns vorgeschlagene Stelle soll als Ansprechpartner\*in für Menschen innerhalb

und außerhalb der Polizei wie auch Bürger- und Menschenrechtsorganisationen zur Verfügung stehen, zum Beispiel bei rassistischen oder rechtsextremen Vorfällen. Sie soll die Möglichkeit bieten, Missstände und Fehler im Hinblick auf die Arbeit der Polizei mitzuteilen, ohne Sanktionen oder berufliche Nachteile fürchten zu müssen. Wie kaum eine andere Institution steht die Polizei in direktem Kontakt mit den Menschen und übt das Gewaltmonopol des Staates aus. Damit trägt sie eine besondere Verantwortung. Die Arbeit einer/eines Polizeibeauftragten macht Polizeiarbeit transparent. Das stärkt das Vertrauen der Bevölkerung in die Polizei und schützt zugleich die Beschäftigten vor ungerechtfertigten Anschuldigungen.

**4. Für Soziale Arbeit ist eine Vertrauensbeziehung zu Adressat\*innen unerlässlich. Wie bewerten Sie das fehlende Zeugnisverweigerungsrecht für Sozialarbeiter\*innen? Wie werden Sie sich dafür einsetzen, dass in der Sozialen Arbeit ein Zeugnisverweigerungsrecht gilt?**

Wir GRÜNE sehen ebenfalls eine Vertrauensbeziehung zu Adressat\*innen als unerlässlich für Soziale Arbeit. Wir wollen deshalb die Ergänzung der Strafprozessordnung um ein Zeugnisverweigerungsrecht für Mitarbeitende in Fachberatungsstellen. Dazu sind wir auch im Bundestag aktiv geworden, zuletzt in unserem - von der Regierungskoalition abgelehnten - Änderungsantrag zum Gesetz zur Bekämpfung sexualisierter Gewalt gegen Kinder.

**5. Menschen, die auf dem Land leben sind aufgrund der schlechteren Infrastruktur bezüglich Mobilität, Digitalisierung, Bildungs-/Jugendhilfeeinrichtungen, strukturell benachteiligt. Wie wollen Sie den ländlichen Raum stärken? Welche Maßnahmen werden zum Abbau der Benachteiligung getroffen?**

Dem Grundsatz der gleichwertigen Lebensverhältnisse bundesweit stehen strukturelle Benachteiligungen (nicht nur) in den ländlichen Räumen entgegen. Unser Ziel ist es, die Förderung im Bereich Daseinsvorsorge effektiver zu gestalten und die Kommunen bedarfsgemäß auszustatten. Gleichwertige Lebensverhältnisse bedeutet nicht Gleichmacherei: Damit sich die Menschen einbringen und ihren Ort nach ihren Bedürfnissen gestalten können, brauchen die Kommunen Know-How und finanzielle Handlungsspielräume. Wir GRÜNE treten für eine Stärkung demokratischer Strukturen überall ein und schlagen Regionalbudgets vor, die von den Menschen vor Ort verwaltet werden. So können z.B. Mobilitätsangebote, auch ohne Auto, schnelle Digitalisierung oder zeitgemäße Bildungs- und Jugendhilfeangeboten entwickelt und realisiert werden. Daher fordern wir die Einführung einer Gemeinschaftsaufgabe „Regionale Daseinsvorsorge“, um ein hohes Niveau der öffentlichen Infrastruktur überall in Deutschland zu sichern.

**6. In Deutschland leben Menschen, die aufgrund von Krieg, Armut und Verfolgung geflohen sind und hier illegalisiert sind. Sie haben erhebliche Unterstützungsbedarfe. Wie bewerten Sie die Situation? Welche Maßnahmen ergreifen Sie, um ihnen eine Perspektive zu geben und Wege in die Legalität aufzuzeigen?**

Menschen ohne Papiere werden häufig aus rechtlichen, wirtschaftlichen und tatsächlichen Gründen an den Rand der Gesellschaft gedrängt. Wir GRÜNE wollen insbesondere den Zugang zur Gesundheitsversorgung für alle in Deutschland lebenden Menschen uneingeschränkt ermöglichen. Gesundheitsversorgung muss für alle gewährleistet sein, unabhängig davon, welchen Aufenthaltsstatus sie haben. Die gesundheitliche Versorgung sollte nicht auf ehrenamtliche Hilfsstrukturen abgeladen werden, deshalb wollen wir den Zugang zur gesetzlichen Krankenversicherung nach SGB V regeln. Auch viele Menschen leben mit einer Duldung in einem Zustand der Perspektivlosigkeit und Rechtsunsicherheit. Neben der Möglichkeit zum „Spurwechsel“ (also dem Wechsel des Aufenthaltsrechts) schaffen wir durch ein Ausbildungsbleiberecht einen verlässlichen Zugang zu Ausbildung und Arbeitsmarkt. Heranwachsende, Jugendliche und Familien mit minderjährigen Kindern sollen nach drei Jahren einen Aufenthaltstitel bekommen.

**7. Digitale Medien bestimmen unseren Alltag. Die Prozesse der Digitalisierung haben zu mehr Überwachung und Ökonomisierung von Daten geführt, auch zu neuen Formen sozialer Benachteiligung. Wie werden Sie die Bürger\*innen hiervor schützen? Wie stehen Sie zu digitaler Selbstbestimmung als Menschenrecht?**

Digitale Plattformen und Anwendungen müssen den Menschen dienen und nicht umgekehrt. Im Zentrum unserer Digitalpolitik stehen die Bürger- und Nutzer\*innenrechte. Das hat viele Dimensionen: Wir GRÜNE wollen Hasskriminalität im Netz wirksamer bekämpfen und dafür einen effektiven Gesetzesrahmen entwickeln. Betroffene müssen sich schnell und effektiv gegen Angriffe im Netz wehren können. Digitale Selbstbestimmung heißt auch zwischen Diensten kommunizieren und wechseln zu können. Daher setzen wir Interoperabilität und Datenportabilität gerade bei marktbeherrschenden Unternehmen durch. Medienkompetenz für digitale Selbstbestimmung fördern wir u.a. mit einer Bundeszentrale für digitale und Medienbildung. Souveräne Verbraucher\*innen bedeutet auch, dass die Online-Kündigung so einfach ist wie die Online-Bestellung. Ob Smartphones oder digitale Dienste, wir fordern höchste Datenschutzstandards ab Werk.

**8. Durch Drug-Checking können Konsumierende/Dritte sich über den untersuchten Stoff und mögliche Gefahren informieren. Gleichzeitig ist eine Kontaktaufnahme der Drogenhilfe zu den Konsumierenden möglich. Wie steht Ihre Partei zum Drug-Checking? Mit welchen Maßnahmen werden Sie Drug-Checking einführen?**

Wir GÜNE wollen so genanntes Drug Checking ermöglichen. Dabei sollen Konsument\*innen, zum Beispiel in Clubs, psychoaktive Substanzen auf gefährliche Inhaltsstoffe oder Beimengungen kontrollieren lassen können. Damit werden die bestehenden gesundheitlichen Risiken dieser Substanzen zu einem Teil eingeschränkt, Vergiftungen oder Überdosierungen reduziert. Wir sehen das als wichtigen Beitrag zur Schadensminderung und wollen auf Bundesebene die nötigen betäubungsmittelrechtlichen Freiräume für solche Angebote schaffen.